

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Abstimmungssieg

Die SVP wurde von den Medien nach den vergangenen Abstimmungen Ende Februar als grosse Verliererin betitelt. Natürlich versäumen die Medien keine Gelegenheit, die SVP als «schwächelnde» Partei darzustellen. Allerdings ist – trotz verlorener Durchsetzungsiniziativa – das Gegenteil der Fall. So können wir uns über den Abstimmungsausgang bei allen kantonalen Vorlagen sehr erfreut zeigen. Die bürgerliche Zusammenarbeit hat sich gelohnt.

Die klare Ablehnung der UNIA-Lohndumping-Initiative zeigt, dass das Volk keine extremen Lösungen will. Mit der Lohndumping-Initiative forderte die Gewerkschaft UNIA zusätzliche Zwangsmassnahmen zur Durchsetzung von minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Zürcher Volk hat für solche Vorlagen ein gutes Gespür: In der derzeitigen wirtschaftlich schwierigen Situation mit steigenden Arbeitslosenzahlen sind stabile und attraktive Standortbedingungen von zentraler Bedeutung. Sofortige Betriebseinstellungen allein auf Verdacht schaffen enorme Rechtsunsicherheit. Darunter würden nicht zuletzt auch die Mitarbeitenden von Unternehmen leiden, die sich korrekt verhalten.

Das deutliche Ja zur Senkung der Notariatsgebühren ist ebenfalls zu begrüssen. Die SVP setzt sich seit Langem für kostendeckende Gebühren ein. Die heutigen Gebühren verstossen mit einem Deckungsgrad von über 200 Prozent unverhältnismässig gegen das Verursacher- und Kostendeckungsprinzip. Die SVP wird sich auch in Zukunft für die konsequente Senkung von Gebühren und Abgaben aussprechen.

Die Bildungsinitiative der JUSO, die den kostenlosen Besuch von öffentlichen Bildungseinrichtungen im Kanton Zürich verlangt hatte, ist an der Urne glücklicherweise klar gescheitert. Die Initianten wollten zudem die Hochschulbildung zulasten der beruflichen Bildung fördern, was unter anderem auch zu einem eigentlichen Bildungstourismus geführt hätte. Schliesslich können wir uns sehr erfreut über die Annahme der neuen Fristen im Verwaltungsrechtspflegegesetz zeigen. Diese Vorlage geht auf eine Initiative aus den Reihen der SVP zurück. Die SP hatte mit ihrem Behördenreferendum keinen Erfolg. Neu soll eine feste 30tägige Frist eingeführt werden, um zu einem Rekurs oder zu einer Beschwerde Stellung zu nehmen. Nach geltendem Recht kann nur der Staat mehr Zeit für die Antwort beanspruchen. Diese Ungleichheit ist sachlich nicht begründet und wird jetzt mit der Annahme der Gesetzesänderung beseitigt werden.

Die SVP ist also keinesfalls eine Verliererin, sondern vielmehr eine kantonale Gewinnerin.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Erhöhung der Parkplatzgebühren schadet dem Gewerbe



Christoph Marty  
Gemeinderat SVP  
Zürich 10

In der Ratssitzung vom vergangenen Mittwoch war die vorgesehene Gebührenerhöhung der Strassenparkplätze in der Innenstadt das wichtigste Geschäft des Abends.

Die Kommissionsminderheit (SVP alleine) lehnte sowohl die Vorlage des Stadtrates wie auch den Kommissionsmehrheitsantrag («Kompromiss») ab, dies vor allem aus folgenden Gründen: Die geplante Parkplatzgebühren- und Zonenerweiterung schadet dem lokalen Gewerbe und dem Wirtschaftsstandort Stadt Zürich nachhaltig.

Viele Kunden werden wegen der Erhöhung der Parkplatzgebühren von bis zu 100 Prozent (!) der Stadt Zürich fern bleiben. Das Nachsehen haben die Gewerbetreibenden in unserer Stadt. Gemäss Tiefbau- und Entsorgungsdepartement generiert heute ein oberirdischer Parkplatz in der Züricher Innenstadt einen Jahresumsatz von ca. 300 000 Franken.

## Umerziehung zu besseren Menschen

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist nach wie vor der bedeutendste Bestandteil einer gut funktionierenden Volkswirtschaft. Ihm gilt es Sorge zu tragen. Das destruktive Ziel der Grünen/Grünliberalen-Motion ist keine Leistungsabgabe, sondern eine weitere «lenkungswirksame» (Originaltext) Abgabe. Der motorisierte Individualverkehr soll also einmal mehr zur Kasse gebeten werden, mit dem Ziel der Umerziehung. Wir sollen also zu besseren Menschen umgeformt werden. Die Wahlfreiheit und die Eigenverantwortung der Zürcher/-innen bleiben dabei natürlich auf der Strecke. Die SVP-Fraktion hat diese Gebührenerhöhungen daher strikte abgelehnt mit dem Ziel, damit den Wirtschaftsstandort Zürich, die Arbeitsplatzsicherheit der Betroffenen und die Freiheit der Bürger/-innen zu stärken. Diese und weitere Argumente brachten der Kommissionsreferent **Derek Richter** und der Verfasser dieser Zeilen in ihren Voten vor.

Aufschlussreich waren die Voten unserer bürgerlichen Partnern von FDP und CVP: Der Kommissionspräsident Roger Tognella (FDP), welcher das Geschäft vorzustellen hatte, flüchtete sich

in eine technokratisch-detailakribische Beschreibung aller Einzelheiten, wohl mit dem Ziel, die Zuhörerschaft einzuschläfern und so vom Versagen seiner Partei abzulenken. Auch der Referent der CVP, Markus Hungerbühler, lief an diesem Abend nicht zur Höchstform auf. Allerdings muss den beiden auch ein peinlicher Argumentationsnotstand zugutegehalten werden: Diesen durch und durch faulen «Kompromiss» aus bürgerlich-liberaler Sicht verteidigen zu wollen, das war ja dann doch mehr als anspruchsvoll. Aus den Voten der Grünen, der Sozialdemokraten und der Grünliberalen liess sich wenig Konstruktives herausfiltern. Der Grundtenor war die Bekämpfung des motorisierten Individualverkehrs, den man sich auf die Fahne geschrieben hat, und die Forderung, dass der Bürger, wo doch jetzt so viel in den öffentlichen Verkehr investiert wurde, gefälligst auf sein Auto zu verzichten habe.

## Blauäugige FDP und CVP

Ob die notorischen Autogegner von den Grünen und den Grünliberalen ihr Volkserziehungsprojekt einfach brillant aufgeleitet haben oder ob ihnen unsere bürgerlichen Partner aus Blauäugigkeit und Ignoranz auf den Leim gekro-

chen sind, ist schwer abzuschätzen. Vermutlich war es eine Mischung aus beidem. Wie es abzusehen war, wurde das Geschäft gegen die Stimmen der SVP (und nur gegen diese!) durchgewunken. Da halfen auch die engagierten Voten der weiteren Fraktionsmitglieder **Stefan Urech**, **Bernhard im Oberdorf** und **Roger Liebi** nichts. Es kam, wie es kommen musste: Ein weiterer Nagel im Sarg des Stadtzürcher Gewerbes. Aber was nützt das Bedauern. Schauen wir nach vorne.

Und auf unsere bürgerlichen Partner, welche diesem «Kompromiss» zugestimmt haben. Haben wir im Wahlkampf mit dem Top-5-Bündnis unseren Wählern nicht versprochen, dass wir uns dafür einsetzen werden, dass sie von neuen Abgaben und Gebühren verschont bleiben? Warum sind nur noch wir die Einzigsten, die sich heute noch daran erinnern!? Das ist doch noch gar nicht so lange her. Die gute Zusammenarbeit mit der FDP und der CVP ist wichtig für den Erfolg einer freiheitlichen Politik in der Stadt Zürich. Unterstützen wir also die Exponenten dieser Parteien nach Kräften, damit sie künftig auch bei solchen Geschäften auf ordnungspolitisch tragfähigem Boden zu stehen kommen.

## RECHNUNG DER STADT ZÜRICH

## Den Klassenfeinden und der Börse sei Dank

Das Schlimmste ist fürs Erste abgewendet. Die Rechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2015 schliesst mit einem Plus von 9,7 Millionen Franken anstatt einem Defizit von 129,7 Millionen Franken (Budgetbeschluss 2015 der Mehrheit des Gemeinderates).



Roger Liebi  
Kantonsrat  
Präsident  
SVP der Stadt Zürich

Das Resultat mit schwarzen Zahlen erfreut auch die SVP der Stadt Zürich, fordert sie doch seit Jahren mit Nachdruck zumindest ausgeglichene Budgets und Rechnungen. Allerdings hinterlassen die vorgelegten Zahlen einen zwiespältigen Eindruck.

## Steigende Personalkosten und Sachaufwand

Der Personalaufwand steigt unvermindert an. Allein zwischen 2014 und 2015 um 78 Millionen Franken oder umgerechnet 5 Steuerprozent auf nunmehr 2,736 Milliarden (2 736 000 000) Franken. Interessant ist immerhin, dass das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement, das Hochbaudepartement und das Schuldepartement gegenüber Budget 2015 massive Einsparungen vorgenommen haben. Die SVP nimmt das erfreut zur Kenntnis, entspricht dies doch ihren vehementen Forderungen, die vom Stadtrat und Rot-Grün jeweils unter Absingen wüster Lieder und dem Hinweis auf angeblichen Fachkräftemangel massiv zurückgewiesen wurden.

Der Sachaufwand steigt ebenfalls weiter an, wenn auch weniger als mit Budget 2015 eingestellt. Allein zwischen 2014 und 2015 um 80 Millionen Franken oder umgerechnet zusätzliche 5 Steuerprozent.

## Dank den sprudelnden Steuereinnahmen

Die Neuinvestitionen wurden um 400 Millionen Franken gekürzt, insbesondere nicht im Bereich Energie und Windkraft. Stetige Investitionen wurden bisher von Rot-Grün schon fast religiös als Wachstumstreiber gefordert, und nun fallen diese sogar hinter das Niveau aus der Ära Vollenwyder zurück.

Die Steuereinnahmen bewegen sich mit 2,613 Milliarden Franken auf Rekordniveau. Dieses Ergebnis wird direkt von den Finanzinstituten beeinflusst, stiegen doch die Steuern juristischer Personen gegenüber 2014 um satte 91,6 Millionen Franken.

Und auch die Grundstückgewinnsteuern bewegen sich, insbesondere aufgrund vieler Desinvestitionen der Banken, noch auf Rekordniveau. Hingegen scheint es, dass der Grenznutzen des massiven Zuzuges natürlicher Personen sehr begrenzt ist.

Trotz Tausender neuer Einwohner stagniert der Steuerertrag natürlicher Personen. Zusätzlich zu nicht budgetierten und auch nicht planbaren Steuer-

erträgen konnte die Stadt Zürich auch 2015 im Budget nicht eingeplante Sondererträge verbuchen.

So steuert die Bewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG 63 Millionen Franken zur besseren Rechnung bei. An der Börse steigen die Aktien seit Jahren stets an, obwohl das Unternehmen von Grünen und vom Stadtrat teils juristisch bekämpft wird... Im Dezember 2014 rechnete der Finanzvorstand noch mit 35 Millionen Franken, budgetiert waren aber 0 Franken...

Die Schulden steigen fürs Erste nicht mehr an, sondern konnten reduziert werden.

Damit wird endlich eine Forderung erfüllt, die die SVP seit Jahren als einzige Partei standhaft fordert.

## SVP kämpft weiter für attraktiven Wirtschaftsstandort

Die SVP der Stadt Zürich stellt fest, dass das gegenüber Budget 2015 wesentlich bessere Jahresergebnis ausgerechnet auf den nicht planbaren Ertragsbeiträ-

gen der Klassen- und Ökofeinde des rot-grünen Stadtrates und seiner Parteien fusst: 130 Millionen der 140 Millionen Franken Verbesserung (Basis genehmigtes Budget 2015 ohne Nachtragskredite) werden durch Flughafen-Aktien und juristische Personen (vornehmlich Finanzinstitute) beigesteuert! Es zeigt sich also, dass sich der Kampf der SVP für einen starken und attraktiven Finanzplatz, für einen konkurrenzfähigen Flughafen und für einen starken Industrie- und Gewerbestandort auszahlt.

Die Abhängigkeit der rot-grünen Stadt Zürich von ihren expliziten Feindbildern wurde nie offensichtlicher als heute.

Die SVP fordert deshalb mit mehr Nachdruck denn je, dass sich die Zürcher Stadtregierung endlich vehement auch öffentlich für Finanzplatz und Flughafen, für Gewerbe und Industrie einsetzt und dass sie ihre Ausgaben massgeblich kürzt, indem sie sich auf ihre Kernaufgaben beschränkt. Die Bruttoschulden von deutlich über 9 Milliarden Franken und der stete Ausbau beim Personalaufwand sind für die SVP weiterhin inakzeptabel.

## LESERBRIEF

## Wir brauchen neue Köpfe

Den Leserbrief von Matthias Hauser, Ausgabe Nr. 9/2016 habe ich gelesen und meine Gedanken darüber gemacht. Ich kann es kurz und bündig schreiben. Es ist wirklich sehr klug, dass die Älteren nach einer angemessenen Zeit den Jüngeren Platz machen sollten. Sonst werden sie (Sesselkleber) abgewählt. Es ist wie im Sport.

Die Jungen müssen rechtzeitig integriert werden. Sonst fährt der Zug ab oder sie stellen sich schon gar nicht (mehr) zur Verfügung, wenn sie ja wissen, dass ihnen langfristig immer die Sesselkleber vor der Nase stehen. Und wenn es die Sesselkleber oder einmal Abgewählten nicht realisieren, dass die Basis neue junge Köpfe, welche ebenfalls gut sind, in den Gremien will, müssen sie bei einer Abwahl nicht traurig sein. Denn niemand ist unersetzbar. Auch in Bern nicht.

Wir haben in der SVP zum Glück genug guten Nachwuchs, den es zu fördern gilt. Dies, so lange sie noch wol-

len und dabei sind. Auch wenn man Personen gezielt langjährig aufbauen muss (spätere Regierungsräte, Ständeräte oder Bundesräte), kann man nicht immer mit Ü60-Kandidaturen kommen. Alters-Statistiken oder Prozent-Zahlen hin oder her. Da können wir von den Linken lernen.

Die Realität ist anders: Ich sah es bei den Nationalratswahlen 2015 genauso kommen. Und noch etwas zu den Laienrichterwahlen: Für mich war und ist es unerklärlich, dass eine Mehrheit unserer SVP-Bezirksdelegierten, den fachlich bestens ausgebildeten, jüngeren Kandidaten abservierte und eine Laienrichter-Kandidatin nominierte. Auch da müssen die entsprechenden Personen bei einem Misslingen nie und nimmer traurig sein. Kämpfen muss man mit den besten Pferden im Stall – die haben wir ja – und nicht mit der zweiten Mannschaft.

Hanspeter Widrig, Bassersdorf



Die Steuereinnahmen steigen dank den juristischen Personen.